

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

29.01.2019

Von Michael Hudson

30.01.2019

XXIV. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz

Krieg der Dollar

Die USA kontrollierten mit ihrem Weltgeld lange Zeit uneingeschränkt die Geschicke des Planeten. Ihre Herrschaft erodiert, doch kampfflos wollen sie das Feld nicht räumen – und rüsten auf



Foto: Jens Schulze

Michael Hudson, geboren 1939 in Chicago, ist Professor der Wirtschaftswissenschaften an der University of Missouri–Kansas City, außerdem Finanzanalyst und Berater an der Wall Street.

Übersetzung: Jürgen Heiser

Ich finde es angemessen, dass Sie zum Thema »Sozialismus oder Barbarei« einen US-Amerikaner eingeladen haben, denn während die anderen Rednerinnen und Redner über den Sozialismus sprachen, werde ich über die Spezialität meines Landes sprechen: die Barbarei. Vielleicht überrascht es Sie zu hören, dass diese Politik mit Absicht betrieben wird. Ich war für Thinktanks wie das Hudson Institute tätig, die Strategien für diese Barbarei ausarbeiten, und zwar für die Regierungs- und Militärpolitik der USA. In Syrien fungieren Al-Qaida und der IS heute für die Vereinigten Staaten als Fremdenlegionäre. Ähnlich war es in Libyen, das US-Außenministerin Hillary Clinton bombardieren ließ. Die libyschen Waffen wurden dem IS und Al-Qaida übergeben. Um Jugoslawien ins Chaos zu stürzen, ließ der damalige US-Präsident, Hillary Clintons Ehemann William, Al-Qaida-Gruppen in den Kosovo bringen.

Nach der US-Militärstrategie bietet ein Land, in dem Chaos herrscht, eine offene Flanke. Und das bedeutet, dass die USA in einem Land intervenieren, das zuvor eine eigenständige nationale Politik verfolgte. Dass sich die Vereinigten Staaten also in die inneren Angelegenheiten des Landes »einmischen«, wie wir sagen, es in seine Einzelteile zerlegen und diese gemäß den eigenen Interessen neu zusammensetzen. Es mag Sie auch überraschen, dass hauptsächlich die Demokratische Partei der USA hinter dieser barbarischen Militärstrategie in Syrien, im Nahen Osten und in Afghanistan steht. Dazu gehören auch die Gewerkschaften innerhalb der Partei, also Leute, die früher einmal als Sozialisten antraten.

Zu hohe Ausgaben

Aus diesem Grund lautet die zentrale Frage meines Vortrags, wie es kommt, dass Parteien, die in ihrem Ursprung sozialistische Kräfte waren, sich in Richtung Imperialismus und Barbarei bewegen. Wichtig ist dabei zu verstehen, wie sich die Militärstrategie seit dem Vietnamkrieg verändert hat. Keine Demokratie und kein Land dieser Welt, nicht einmal Russland, noch weniger Europa und die Vereinigten Staaten, können sich heutzutage noch ein stehendes Heer leisten. Wenn man aber in ein Land einmarschiert, um es unter Kontrolle zu bringen, muss man zuvor die dafür notwendigen Soldaten einziehen. In den 1960er Jahren leisteten Studierende und andere junge Leute jedoch Widerstand gegen die Wehrpflicht. Es war der Vietnamkrieg, der die USA zwang, am Ende der 1960er Jahre den

Goldstandard aufzugeben. Vom Koreakrieg an, also von 1950 bis in die 1970er Jahre, bewirkten die hohen Militärausgaben das permanente Zahlungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten. Die Bilanz der Privatwirtschaft war ausgeglichen, der staatliche Finanzsektor, die Entwicklungshilfe sorgten sogar für ein Plus. Die schwindenden Goldreserven und das Zahlungsbilanzdefizit lagen im wesentlichen in den hohen Militärausgaben begründet.

Der US-Regierung wurde also klar, wenn man sich keinen Bodenkrieg leisten kann, dann gibt es nur eine Art des Krieges, den sich Demokratien leisten können: den Atomkrieg oder das Bombardement aus der Luft. Trotz der Bombardements konnten die USA indes Libyen, Syrien, Irak und Afghanistan nicht unter ihre Kontrolle bringen. Das gleiche gilt offensichtlich für Russland. Es verfügt nicht über die Ressourcen, in Europa, in die baltischen Staaten wie Lettland einzumarschieren. Vor fünf oder zehn Jahren sagte der frühere Außenminister und Ministerpräsident Russlands Jewgeni Primakow sinngemäß, warum sollten wir in Lettland einmarschieren, uns gehören schon die Pipelines für den Ölexport, wir kontrollieren schon die wichtigsten Versorgungseinrichtungen?

Wenn der Hauptgrund für die Invasion der Zugriff auf die Rohstoffe ist, dann muss man nicht mehr einmarschieren. Die heutige Hauptform der Konflikte in der Welt ist nicht die militärische, sondern die finanzielle, hinter der die Drohung steht: Wenn ihr nicht zulasst, dass wir euer Land finanziell übernehmen und eure Rohstoffquellen privatisieren, dann verfügen wir über die Macht, euer Land zu zerstören. Diese Politik wird in den Mantel einer Art »Internationalismus« gehüllt, der jedoch nichts mit dem Internationalismus zu tun hat, wie er vor hundert Jahren in die Zukunft projiziert wurde. Heute haben wir es zu tun mit einem von den USA kontrollierten »Internationalismus« des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Internationalen Handelsorganisation und, nicht zu vergessen, der vom US-Kongress geschaffenen Stiftung und Denkfabrik »National Endowment for Democracy« (NED), ein halbstaatlicher Arm der Außenpolitik mit dem erklärten Ziel der weltweiten Förderung der liberalen Demokratie.

Die Demokraten in den USA wiederum sind im wesentlichen die Partei der städtischen Bevölkerung. Wenn man sich die Stimmenverteilung der letzten Präsidentschaftswahl ansieht, dann stimmten die Ost- und die Westküste mehrheitlich für die Demokraten, während die weitläufigen ländlichen Gebiete dazwischen republikanisch wählten. In früherer Zeit standen die Demokraten in den Städten der Mafia sehr nahe. Nach 1941, als die Sozialisten begannen, die Arbeiterschaft zu organisieren, lautete die zentrale Frage: Wer wird die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung kontrollieren? Werden es die

Sozialisten oder wird es die Mafia sein? Die Demokratische Partei trat vehement für die Kontrolle durch die Mafia ein. Und das ist im wesentlichen bis heute der Fall in den Vereinigten Staaten. Die Gewerkschaften sind extrem korrupt, weil es letztlich ein Gewerkschaftsvertreter ist, der darüber entscheidet, wer einen Job bekommt und wer nicht. Zu dem Thema sind Filme gedreht worden wie »On the Waterfront« (dt. »Die Faust im Nacken«, 1954), in dem es darum geht, dass du nur dann einen Job bekommst, wenn du dem von der Mafia eingesetzten Gewerkschaftsvertreter dafür ein Schmiergeld zahlst. Vielleicht haben Sie hier in Europa ja von den gewerkschaftlichen Rentenkassen der USA gelesen, die größtenteils von der Mafia und Spielergruppen aus Las Vegas geplündert wurden, mit dem Erfolg, dass die Altersversorgung der Arbeiter endgültig vernichtet wurde.



Foto: Jens Schulze

Die Rechten in den USA griffen jeden Oppositionellen oder Kritiker des Kapitals damit an, ein »Kommunist« zu sein. Die Sozialisten, einschließlich der Troztkisten, reagierten mit dem Kurzschluss darauf, der Sozialismus könne in Amerika nur errichtet werden, indem man selbst das stalinistische Russland attackiert. Diese Zwangsvorstellung nahm derartige Ausmaße an, dass etwa die Führung der Young People's Socialist League (YPSL) 1962 und 1963 den Vietnamkrieg mit dem Argument unterstützte, er werde gegen

den Kommunismus und Sowjetrußland geführt. Demgemäß entwickelte sich die sozialistische Bewegung in den USA in dieser Zeit weit nach rechts, und ich bin froh, sagen zu können, dass sie innerhalb von sechs Monaten 90 Prozent ihrer Mitglieder verlor. Ich aß jeden Dienstag zusammen mit führenden Kadern wie Max Shachtman und Michael Harrington zu Mittag, und ich war sehr bestürzt zu sehen, dass sie von ihrem Antistalinismus so besessen waren, dass sie doch tatsächlich den Krieg und verschiedene rechte Gruppen unterstützten. Im Ergebnis hinterließen sie ein Vakuum. Die US-Arbeiterbewegung verfügte nicht mehr über eine sozialistische Führung.

Sinkender Goldwert

Ich habe in dieser Zeit entschieden, dass ich mein Hauptaugenmerk auf die Ökonomie und die »Dritte Welt« richten würde. In den USA war keine sozialistische Revolution zu erwarten, sie musste von außen kommen. Was musste ich also tun, um einen Begriff von internationaler Politik zu bekommen? Nun, der Schlüssel dazu waren die internationalen Finanzen. Ich arbeitete also für die Chase Manhattan Bank als Analyst zum Thema Zahlungsbilanz. Das war 1964. Ich war sehr überrascht, was ich an der Wall Street herausfand. Die meisten Leute, die ich traf, waren gegen den Vietnamkrieg. George Champion, CEO der Chase Manhattan Bank, sagte, dieser Krieg sei fiskalisch nicht zu verantworten. Die Gewerkschaften des Dachverbandes AFL-CIO, auch »AFL-CIA« genannt, waren für den Krieg. Jeden Freitag gibt die Federal Reserve Bank (Fed) Statistiken zur Zahlungsbilanz der USA und zum Goldangebot heraus. Woche für Woche konnten wir damals verfolgen, wie der Goldwert immer weiter sank. Auf diese Weise finanzierten die USA das Haushaltsdefizit. Eines der Probleme war, dass Vietnam früher eine französische Kolonie war. Und Eisenhower (US-Präsident von 1953 bis 1961) vertrat eine andere Position als Roosevelt (von 1933 bis 1945), der das britische Empire knacken wollte. Aber Eisenhower sagte, wir müssen vor allem das französische Empire unterstützen, weil das der einzige Weg ist, den Kommunismus in der Welt zu stoppen. Deshalb nahmen sie den Kampf in Südostasien auf, aber alle Banken dort waren französisch. Die dort ausgegebenen US-Dollar wurden also nach Paris geschickt, und Charles de Gaulle tauschte sie in Gold um. Auch die Bundesrepublik tauschte US-Dollar in Gold, und das alles schuf eine Krise, weil offenbar wurde, dass die USA bald keine Goldreserven mehr haben würden. Genau das trat tatsächlich 1971 ein, und jeder stellte sich die Frage, was nun passieren würde? Wie sollte der Vietnamkrieg noch finanziert werden?

In dieser Zeit brachte ich 1972 mein Buch »Super Imperialism« heraus, in dem ich erläuterte, dass es erst eine Lösung gäbe, wenn die USA das Zahlungsbilanzdefizit nicht mehr durch den Verkauf von Goldreserven ausgleichen könnten: Wenn etwa die Zentralbank der Bundesrepublik oder auch die anderer Länder ihre internationalen Reserven ohne Vergrößerung der Goldreserven aufrechterhalten wollten, dann müssten sie als Vermögenswert US-Staatsanleihen erwerben, also praktisch dem US-Finanzministerium Geld leihen. Und diese »Treasury Bills« wurden also herausgegeben, um das durch die Militärausgaben erzeugte Defizit auszugleichen. Was erstaunlicherweise bedeutete, ohne einen Gegenwert in Gold mussten nicht nur europäische Länder, sondern auch die Sowjetunion, China und Länder der »Dritten Welt« ihre Zentralbankreserven in Form von Anleihen an das US-Finanzministerium anlegen. Die wurden dann von der US-Regierung dazu genutzt, die militärische Einkreisung eben dieser Länder zu finanzieren, um sicherzustellen, dass sie sich weiter dem US-Dollar-Standard unterwarfen. Das ist eine neue Form internationaler Ausbeutung und nicht die Form der Ausbeutung, die Karl Marx im Band I von »Das Kapital« als Ausbeutung der Arbeiter durch ihre Ausbeuter analysierte. Diese rein finanzielle Form der Ausbeutung liegt außerhalb des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital.

Als ich mein Buch herausbrachte, dachte ich, es würde von Sozialisten in anderen Ländern gelesen, aber die meisten Bücher wurden in Washington D. C. an das US-Verteidigungsministerium und die CIA verkauft. Im ersten Monat 2.000 Stück. Die Investmentbank Drexel Burnham, deren Mitarbeiter wegen Finanzbetrugs später im Gefängnis landeten, schlugen vor, ich solle einen Vortrag auf ihrer Jahresversammlung halten, dann würden sie mich mit Herman Kahn bekanntmachen. »Sie sollten aufhören, vor Akademikern zu reden«, rieten sie mir. Zu jener Zeit habe ich an der New School for Social Research unterrichtet. Auch diese war eine sozialistische Schule, an der man allerdings unglücklicherweise den Marxismus hasste. Ich nutzte als mein Lehrbuch für Nationalökonomie Marx' »Mehrwerttheorie«, und das störte Robert Heilbroner, den Leiter der Wirtschaftswissenschaften, weil sie die Vorstellung beunruhigte, ich würde Leute von den Vereinten Nationen in marxistischer Nationalökonomie unterrichten.

Herman Kahn stellte mich dann als Mitarbeiter des Hudson Instituts ein, und kurz darauf zahlte das Verteidigungsministerium mir ein Stipendium von mehr als 85.000 US-Dollar – das war mehr als mein Jahresgehalt. Dafür sollte ich in Washington am Kriegscollege des Pentagon erklären, wie der Imperialismus funktionierte, und zu meiner Überraschung nutzten sie dazu mein Buch als Unterrichtsmaterial.

Suche nach Alternativen

Die Nachfrage aus linken Kreisen für mein Buch »Super Imperialism« war eher gering, doch der Neffe des japanischen Kaisers wollte es übersetzen lassen, aber die USA betrachteten das als unfreundlichen Akt und erteilten ihm eine Abfuhr. Es dauerte dann noch zehn Jahre, bis mein Buch auch ins Japanische übersetzt wurde. Die höchste Auflage erzielte es in China, wo ich als Professor an der Schule für marxistische Studien der Universität von Peking lehre. In China hat man begriffen, dass der Dollar-Standard andere Länder dazu zwingt, die Ausgaben für das im Ausland stationierte US-Militär mitzufinanzieren. Wenn also Deutschland seine Währungsreserven mit US-Dollar aufstockt, trägt es tatsächlich indirekt dazu bei, das durch die Militärausgaben erzeugte US-Haushaltsdefizit zu finanzieren. Aus diesem Grund finanzieren Russland und China ihre Außenpolitik nicht mehr mit dem US-Dollar. Sie wollen damit möglichen US-Sanktionen aus dem Weg gehen, die von der US-Regierung nach dem Motto verhängt werden: Wir werden euer Bankensystem ruinieren, wenn ihr nicht den Befehlen Washingtons folgt. Wir werden uns aus dem Clearingsystem der Banken zurückziehen, Strafen verhängen und eure Banken daran hindern, aktiv zu werden oder irgendwelche Dollar-Geschäfte durchzuführen. Das alles wird passieren, wenn ihr etwas macht, was wir in den USA nicht wollen.



Foto: Christian-Ditsch.de

Im Ergebnis akkumulieren China und Russland keine US-Dollars mehr und legen auch nichts mehr in dieser Währung an, sondern in Goldreserven. Die Idee dahinter lautet, keine US-Dollars mehr zu horten und dadurch zu bewirken, dass die USA ihre militärische Einkreisungspolitik gegenüber Europa und Asien nicht mehr mit Hilfe dieser Länder finanzieren können.

Das steckt aktuell auch hinter den Versuchen der USA, Deutschland unter Druck zu setzen. Die USA drängen die Bundesrepublik zum Kauf ihres hochpreisigen Flüssiggases, statt es wie bisher aus Russland zu beziehen. Moskau verfolge die Absicht, in Europa einzumarschieren, behauptet die US-Regierung. Angeblich wollen die USA Europa schützen, aber Europa müsse dafür eben bezahlen. US-Präsident Donald Trump verlangt von Deutschland, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung aufzuwenden. Das bedeutet natürlich auch, Waffen in den USA zu kaufen und nicht die aus deutscher Produktion. Die Kriegsindustrie der USA ist zur wichtigsten Exportbranche und zum größten »Arbeitgeber« geworden. Die US-Gewerkschaften unterstützen den Krieg, weil er die meisten Jobs schafft.

Deswegen bekämpfen die USA alle Länder, die eine Alternative zum US-Dollar haben. Aus diesem Grund wurde auch der Euro in seinen Grundzügen von der wichtigsten Wirtschaftsuniversität aus der Zeit des Kalten Krieges, der University of Chicago, konzipiert. Der Euro sollte eine Satellitenwährung der USA werden, ein Teil des Dollars, damit jeder Zahlungsbilanzüberschuss Europas in Form von US-Dollar-Anleihen an das US-Finanzministerium fließt. Auf diese Weise erhielt der Euro Eigenschaften, die eine aktive Wirtschaftspolitik von vornherein unterbinden. Der Vertrag von Lissabon und Folgeabkommen verbieten den Ländern der EU, ein Haushaltsdefizit anzuhäufen, das mehr als drei Prozent ihres Bruttonominalprodukts entspricht. Das bedeutet, dass die EU keine Politik nach der Theorie von Maynard Keynes betreibt, sich nicht selbst aus einer Rezession herausarbeiten und die Wirtschaft ankurbeln kann, weil die Quelle für das dazu notwendige Geld das kommerzielle Bankensystem ist. Und das Problem mit dem Bankengeld im Unterschied zum Staatsgeld sind die Zinsen, die verlangt werden. Um diese Zinsen erzielen zu können, vergeben die Banken Kredite nur zu bestimmten Konditionen und werden dabei international sehr streng von der FED und von Finanzbeamten der USA kontrolliert. Vor diesem Hintergrund wird weiterer Druck auf Europa ausgeübt, keinen Handel mit Russland zu treiben und kein Gas von dort zu kaufen.

Und wenn die NATO vorgibt, Europa zu schützen, ist zu sagen: In Wahrheit stellt sie die größte militärische Gefahr für Europas Sicherheit dar. Wenn die USA die Kurzstreckenraketen mit Atomsprengköpfen in Deutschland, Polen, Lettland und Estland stationieren, dann steckt darin die Drohung eines Militärschlags gegen Russland. Wenn aber kein Land es sich mehr leisten kann, mit einer Armee in ein anderes Land einzumarschieren, wozu brauchen wir dann die NATO? Die USA sagen, ihr braucht sie, falls Russland Deutschland bombardieren will.

Die Republikanische Partei ist im wesentlichen die Partei der Monopole des Groß- und Industriekapitals. Die Demokraten sind die Partei der Wall Street, des Finanzkapitals, die auch als Partei der Großstädte die Gewerkschaften und das organisierte Verbrechen kontrolliert. Ihr fällt außerdem die Rolle zu, die Republikaner vor jeder linken Kritik zu schützen. Wie Hillary Clinton es in der letzten Präsidentschaftswahl vor zwei Jahren so trefflich ausgedrückt hat: »Ich bin das kleinere Übel.« Jeder weiß natürlich, dass beide Parteien das Übel sind. Wenn die Republikanische Partei mehr nach rechts driftet, folgen ihr die Demokraten und erklären dann, sie seien nicht ganz so weit rechts wie die Republikaner.

Hass auf den Sozialismus

Die Führung der Demokraten und ihre Großspender von der Wall Street wollten 2016 lieber mit Hillary Clinton verlieren, als mit Bernie Sanders gewinnen. Unter den Spendern und auch unter den führenden Köpfen der Gewerkschaften gibt es einen regelrechten Hass auf den Sozialismus, der sich nicht nur gegen Sanders, sondern jeden linken Kritiker richtet. Für die Wahlen 2020 zeichnet sich die gleiche Konstellation ab. Auch da wird am Ende nicht die Wählerin oder der Wähler entscheiden, wer für die Demokraten kandidiert, sondern wieder einmal das von den Groß Spendern beherrschte Democratic National Committee (DNC). Kurz gesagt, jede Million gespendeter Dollar bedeutet eine Stimme. Vergleichbar mit der Verfassung im alten Rom, wo der Wohlstand darüber entschied, wer das Stimmrecht besaß. Es wird bei den Demokraten zwanzig Kandidaten geben, weshalb es unwahrscheinlich ist, dass jemand sofort oben auf die Wahlliste gesetzt wird. Selbst wenn die Mitglieder für Bernie Sanders wären, würde das DNC sich eher für jemand wie den Kalten Krieger Joe Biden entscheiden oder für einen anderen Unterstützer von Hillary Clinton.